

## 17. Wahlperiode

### Schriftliche Anfrage

#### des Abgeordneten Sven Rissmann (CDU)

vom 18. Februar 2014 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 19. Februar 2014) und **Antwort**

#### Revision im Fall Jonny K.

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wurden die Prozessakten der Entscheidung des Landgerichts Berlin vom 15.08.2013 im Fall „Jonny K.“ bereits zur Überprüfung an den BGH weitergeleitet und wenn ja, wann?

Zu 1.: Die Prozessakten der Entscheidung des Landgerichts Berlin vom 15. August 2013 im Fall „Jonny K.“ liegen seit dem 31. Januar 2014 dem Generalbundesanwalt vor. Ob die Akten von dort bereits an den Bundesgerichtshof weitergeleitet wurden, ist dem Senat nicht bekannt.

2. Wie viele Strafurteile des Amtsgerichts Tiergarten und des Landgerichts Berlin wurden durch das Landgericht Berlin bzw. den BGH in den Jahren 2011-2013 aufgehoben (bitte aufgeschlüsselt nach Jahren und Gerichten)?

Zu 2.: Das Landgericht Berlin hat im Jahr 2011 Strafurteile des Amtsgerichts Tiergarten gegen 183 Abgeurteilte aufgehoben, im Jahr 2012 gegen 181 Abgeurteilte und im Jahr 2013 gegen 127 Abgeurteilte. Der Bundesgerichtshof hat im Jahr 2011 insgesamt 4, im Jahr 2012 insgesamt 3 und im Jahr 2013 insgesamt 9 Strafurteile des Landgerichts Berlin aufgehoben.

3. Wie lang ist die durchschnittliche Verfahrensdauer in Strafsachen, die in der ersten Instanz rechtskräftig geworden sind und wie lang ist die durchschnittliche Verfahrensdauer von Verfahren, die in der zweiten Instanz endeten (bitte jeweils aufgeschlüsselt für die Jahre 2011, 2012, 2013)?

Zu 3.: In der bundeseinheitlichen Statistik über Straf- und Bußgeldverfahren wird nur die durchschnittliche Verfahrensdauer der jeweiligen Instanz ausgewertet. Nicht ausgewertet werden hingegen die Verfahrensdauern der in der ersten Instanz rechtskräftig gewordenen Urteile und der in zweiter Instanz beendeten Strafsachen. Sonderauswertungen sind mit vertretbarem Aufwand nicht möglich.

Berlin, den 05. März 2014

In Vertretung

Straßmeir  
Senatsverwaltung für Justiz  
und Verbraucherschutz

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 11. Mrz. 2014)